

Gemeindeverbund Flugverkehr

der Gemeinden Aesch, Allschwil, Arlesheim, Binningen, Bottmingen, Hochwald, Lauwil, Oberwil, Reigoldswil, Reinach und Schönenbuch

Geschäftsleitung Steuergruppe
Barbara Hauser, Kommunikation

Gemeinde Reinach
Hauptstrasse 10, 4153 Reinach
Telefon +41 61 716 44 00
Fax +41 61 716 43 12
E-Mail gemeindeverbund@reinach-bl.ch

Medienmitteilung vom 15. August 2012

Bahnanschluss EuroAirport:

Gemeindeverbund Flugverkehr fordert sachgerechte Umweltverträglichkeitsprüfung

Der Gemeindeverbund Flugverkehr (GVF) hat an die Adresse des EuroAirports Basel-Mulhouse (EAP) und der französischen Behörden eine offizielle Stellungnahme zum Bahnanschluss-Projekt des EuroAirports eingegeben. Auch nach der Publikation des Projektdossiers bleiben viele Fragen zum Projekt ungeklärt. Besonders störend ist, dass die Auswirkungen auf die Anzahl Flugbewegungen nicht sachgerecht betrachtet werden. Der Gemeindeverbund fordert deshalb eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung zum Bahnanschluss und zu den Konsequenzen auf den Flugbetrieb und den Fluglärm in den angrenzenden Gemeinden.

Viele Details zum Bahnanschluss sind der Öffentlichkeit unbekannt oder werden verdeckt gehalten. Daran hat auch das im Mai 2012 publizierte Projektdossier nicht viel geändert. Es ist die Rede davon, zugunsten der Umwelt den öffentlichen Verkehr zu fördern und damit den Anteil der Passagiere und der Mitarbeiterschaft, die mit dem Zug anreisen, zu erhöhen. Nebst dieser unglaublichen Darstellung wird angeführt, dass der EuroAirport mit dem Bahnanschluss seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern will. Konkret werden im Projektdossier 10'000 neue, direkte Arbeitsplätze angekündigt. Gleichzeitig soll der Bahnanschluss lediglich zu 170'000 zusätzlichen Passagieren pro Jahr führen. Diese Darstellung ist, auch angesichts der Investitionen von geschätzten 250 Millionen Franken, äusserst fragwürdig. Zum Fluglärm äussert sich der EAP dahingehend, dass der Bahnanschluss [Zitat] „vermutlich keine signifikante Erhöhung der Anzahl an Flügen“ mit sich bringt.

Gemeindeverbund fordert Fakten statt Vermutungen

Der Gemeindeverbund Flugverkehr GVF kann diese Einschätzung nicht teilen und akzeptiert auch nicht, dass sich die Projektverfasser lediglich auf Vermutungen abstützen. Er hat deshalb bei den Projektverfassern, dem EAP und der RFF (Réseau ferré de France), wie auch bei der Commission Nationale du débat public, eine offizielle Stellungnahme zum Projekt eingegeben. Darin bemängelt der GVF, dass das Verfahren zur Genehmigung des Bahnanschlusses unvollständig dargestellt ist und es ungeklärt bleibt, in welcher Weise die Schweizer Gemeinden in das Verfahren einbezogen werden.

Mitwirkung der Schweizer Gemeinden ist wichtig

Er fordert deshalb die Durchführung einer „débat public“ unter Einbezug und Mitwirkung der Schweizer Gemeinden. Konkret auf das Bahnprojekt bezogen, verlangt der

GVF, dass die Auswirkungen des Bahnanschlusses auf das Wachstum des Flughafens Basel-Mulhouse und die Auswirkungen dieses Wachstums auf die Wohnqualität und die Entwicklungsfähigkeit der Gemeinden des GVF zu untersuchen sind. Ausserdem seien Massnahmen zur Reduktion der negativen Auswirkungen darzulegen und verbindlich festzulegen. Hierzu gehören die Ausdehnung der Nachtflugsperre auf 22 bis 7 Uhr wie auch weitere Beschränkungen des Flugbetriebs, um die Bevölkerung vor einer ausufernden Lärmbelästigung zu schützen.

Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts ist unabdingbar

Für den GVF ist es unzulässig, dass für das Bahnanschlussprojekt des EAP keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt wird. Im Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen vom 25. Februar 1991 (Espoo-Abkommen) ist klar geregelt, dass für Vorhaben, die wahrscheinlich erhebliche grenzüberschreitende nachteilige Auswirkungen zur Folge haben, Umweltverträglichkeitsprüfungen mit entsprechenden Dokumentationen zu erstellen sind. Der GVF fordert deshalb, dass eine solche UVP nachgeholt wird, welche insbesondere die Auswirkungen auf den Fluglärm sachgerecht und nachvollziehbar darlegt.

Gemeindeverbund fordert Unterstützung vom Bundesrat

Da das Projekt unter französischer Federführung läuft, befürchtet der GVF, dass die Schweizer Gemeinden nur ungenügend in das Projekt einbezogen werden und nicht gebührend rechtliches Gehör erhalten. Der GVF hat sich deshalb auch direkt an den Schweizerischen Bundesrat gewandt, um von den Bundesbehörden deren Unterstützung zu erhalten, um auf dem vorgesehenen zwischenstaatlichen Weg die Anliegen und Anträge in Frankreich zu vertreten. Auch die Regierungsvertreter der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt im Verwaltungsrat des EAP wurden angeschrieben, um die Interessen der Gemeinden zu schützen und entsprechend ihre Einflussmöglichkeiten auf das Bahnanschlussprojekt wahrzunehmen.

Für weitere Informationen:

Andreas Dill
Geschäftsführer Gemeindeverbund Flugverkehr
Gemeindeverwaltung Allschwil
Baslerstrasse 111, 4123 Allschwil
Tel. 061 486 25 56, E-Mail andreas.dill@allschwil.bl.ch

Hans-Ulrich Zumbühl
Vorsitz Steuergruppe Gemeindeverbund Flugverkehr
Vizepräsident Gemeinde Reinach
Tel. 061 275 90 80
zumbuehl.law@profinet.ch